

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärtig 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad.

Nummer 92

Wildbad, Freitag, den 23. April 1920.

54. Jahrgang

Die Reichsfinanzen.

Im Hauptauschuß der Nationalversammlung gab Reichsfinanzminister Dr. Wirth einen Ueberblick über den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920. Der Minister bedauerte, feststellen zu müssen, daß die bisherigen Berechnungen des Finanzministeriums schon wieder durch den Gang der Ereignisse überholt sind. Obwohl er die Einnahmen auf 25 Milliarden Mark veranschlagt, sind die fortlaufenden Ausgaben weiter um mehrere Milliarden Mark gestiegen, so daß er zu einem Fehlbetrag von 2,95 Milliarden Mark kommt. Aber selbst diese Ziffer will er nur bedingt gelten lassen, da alles von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abhängt.

In den Hauptposten zeigt der Reichshaushaltsplan folgendes Bild für 1919/20: Verzinsung der Reichsschuld 12,4 Milliarden (1914: 249 Millionen Mark), Pensionen 3,2 Milliarden (145 Millionen), Heer und Marine 1,9 Milliarden (1,3 Milliarden), allgemeine Verwaltung 6,3 Milliarden (1,8 Milliarden). Im Finanzjahr 1913/14 glied sich der Reichshaushaltsplan in Einnahme und Ausgabe mit 3,4 Milliarden Mark aus, jetzt sind es 27,5 Milliarden, zu denen noch etwa 12 Milliarden im außerordentlichen Plan kommen, darunter 5 Milliarden für Ausführung des Friedensvertrags, 1 Milliarde für Aufwandschäden, 2 1/2 Milliarden für Abwicklung des Heeres und der Marine. Die Reichsschuld betrug 1914 5 Milliarden Mark, diesmal beziffert sie sich auf etwa 197 Milliarden Mark. Daraus ergibt sich die ungeheure angestiegene Verzinsungsziffer. Der Milliardenposten der Pensionen ist auf die vielen Kriegsinvaliden, Kriegswitwen u. s. w. zurückzuführen. Auffallend ist, wie das „Berliner Tageblatt“ bemerkt, die Differenz bei den beiden anderen Posten. Damals hatten wir ein Heer von ungefähr einer Million Mann und dazu noch eine umfangreiche Flotte. Heute sollen wir, dem Friedensvertrag entsprechend, nur 100 000 Mann Truppen unter den Waffen halten. Daraus ergibt sich, welche Unsummen selbst ein ganz bescheidenes Heer unter den heutigen Verhältnissen verschlingt, wenn es nicht auf der Wehrpflicht beruht, sondern eine Söldnertruppe darstellt. Das Ansteigen der allgemeinen Verwaltungsausgaben auf über das Dreifache wird Gegenstand eingehender Prüfungen sein müssen. Es scheint, daß viele Tausende von neuen Stellen geschaffen worden sind. Die immer höher anschwellende Zahl von Beamten und Hilfsarbeitern aller Art legt sich wie ein Alp auf das deutsche Wirtschaftsleben, das dafür die Kosten ausbringen soll. Vor allem wird in das engmaschige Netz aller der Kriegsgesellschaften hineingelastet werden müssen, die, obwohl sie in Liquidation erklärt sind, nicht leben und nicht sterben können. Wie viel gerade noch auf diesem Gebiete aufzuräumen ist, geht u. a. auch daraus hervor, daß selbst für die „Abwicklungen“ des Heeres und der Marine im außerordentlichen Etat noch 2,5 Milliarden Mark beansprucht werden. Das ist der doppelte Betrag dessen, was uns in Friedenszeiten das gesamte Heer und die gesamte Marine gekostet haben.

Eine andere schwere Sorge bereitet dem Reiche die Übernahme der einzelstaatlichen Eisenbahnen. Die gewaltigen Fehlbeträge, die damit auf die Reichskasse übergehen, können unmöglich auf die Schultern der Steuerzahler gewälzt werden können. Der Finanzminister erklärte, daß wir am Ende neuer Steuermöglichkeiten stehen. Er hat sich unter diesen Umständen nach neuen Finanzquellen umsehen müssen. Zunächst gilt es, den Fehlbetrag des ordentlichen Etats von 2,9 Milliarden Mark zu decken. Dafür scheint er einen weiteren Ausbau der Kohlensteuer in Aussicht zu nehmen. Eine Dreimilliarden-Ausgabe zur Verbilligung von Lebensmitteln will er durch die einmaligen ordentlichen Einnahmen aus den Kriegssteuern decken. Seine eigentlichen Finanzreformpläne bewegen sich aber in anderer Richtung. Er denkt nicht nur an Monopole, sondern darüber hinaus an ein Steuersystem, das organisch mit der Wirtschaft verbunden ist. Der Minister scheint auf Vorschläge zurückgreifen zu wollen, die bereits in früheren Jahren ausgearbeitet wurden. Damals plante man durch eine Art Produktionssteuer den Staat unmittelbar in die wirtschaftliche Produktion steuerlich einzuschalten. Es ist möglich, daß der Staat in dieser oder jener Weise die Hauptzweige der deutschen Produktion einer solchen planmäßigen Vertrustung, der wir

nach dem zwangsweisen Zusammenschluß vieler Branchen während des Kriegs entgegengehen, als Finanzquellen benutzt, und, ohne den privatwirtschaftlichen Unternehmungsgeist zu ersticken, damit gleichzeitig das Sozialisierungsproblem der Lösung entgegenbringt.

Endlich soll schrittweise die Konsolidierung der schwebenden Schuld, die ja bereits auf über 100 Milliarden Mark angelauten ist, vorgenommen werden, wozu eine weitere Sparprämienanleihe dienen soll.

Gesetz gegen die Wohnungsnot.

Der Reichsrat hat einen Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot angenommen, der bestimmt, daß die Bekanntmachungen über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 23. September 1918 und vom 22. Juni 1919 auch über den 31. Dezember 1920 hinaus in Kraft bleiben. Die Landesbehörden können die Gemeinden zu entsprechenden Maßnahmen ermächtigen oder verpflichten. Von besonderer Wichtigkeit ist die Bestimmung, daß bei Vorliegen außerordentlicher Mißstände die Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Gemeindebehörden auch zu anderen als in den bisher erlassenen Verordnungen enthaltenen Maßnahmen, insbesondere zu Eingriffen in die Freizügigkeit und in die Unverletzlichkeit des Eigentums und in die Wohnungen ermächtigen oder verpflichten, oder entsprechende Anordnungen treffen kann. Die Verfügungen können im Wege des unmittelbaren Polizeizwangs durchgeführt werden. Mietspreise für Wohnungen, für die aus öffentlichen Mitteln Beihilfen gewährt sind, fallen nicht der Festsetzung des Einigungsamts unterliegen.

Das Militärversorgungsgesetz.

Nach der Regierungsvorlage soll jährlich gewährt werden: an Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

Grundrente	Schwerbeschädigtenzulage
um 20 v. H. 480 Mk.	
um 30 v. H. 720 Mk.	
um 40 v. H. 960 Mk.	
um 50 v. H. 1200 Mk. und 120 Mk.	Schwerbeschädigtenzulage
um 60 v. H. 1440 Mk. und 240 Mk.	Schwerbeschädigtenzulage
um 70 v. H. 1680 Mk. und 360 Mk.	Schwerbeschädigtenzulage
um 80 v. H. 1920 Mk. und 480 Mk.	Schwerbeschädigtenzulage
um 90 v. H. 2160 Mk. und 600 Mk.	Schwerbeschädigtenzulage

bei Erwerbsunfähigkeit 2400 Mk. Grundrente und 720 Mk. Schwerbeschädigtenzulage. Die vorstehenden Hundertsätze stellen Durchschnittssätze dar; eine um 5 vom Hundert geringere Minderung der Erwerbsunfähigkeit wird von ihnen umfaßt. Wer in seiner Erwerbsfähigkeit um mehr als 90 vom Hundert beeinträchtigt ist, gilt als erwerbsunfähig.

Im sozialpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung haben alle Parteien Anträge auf Erhöhung der Grundrente eingebracht. Die Mehrausgabe stellt sich auf 1 bis 2 1/2 Milliarden gegenüber der Regierungsvorlage.

Unterstaatssekretär Maeder erklärte namens des Finanzministeriums, daß eine derartige Mehrbelastung für das Reich unerschwinglich sei. Schließlich wurde aber doch der Antrag auf eine Mehrausgabe von 1,02 Milliarden unter der Voraussetzung angenommen, daß die Fraktionen unter Berücksichtigung der Regierungserklärung dazu Stellung nehmen.

Nach § 28 soll eine Ausgleichszulage neben der Grundrente gewährt werden, wenn der Beschäftigte vor dem Eintritt in den Militärdienst einen Beruf ausgeübt hat, der erhebliche Kenntnisse und Fähigkeiten erforderte. Die Ausgleichszulage beträgt ein Viertel bis zur Hälfte der Rente.

Neues vom Tage.

Deutsche Noten an die Friedenskonferenz.

Paris, 22. April. Die deutsche Regierung hat in drei Noten die Friedenskonferenz gebeten, für die neutrale Zone einen höheren Reichswehrbestand einschließlich 11

(statt 2) Batterien zu genehmigen, ferner den Bestand des ständigen deutschen Heeres auf 200 000 Mann (statt 100 000) zu erhöhen. Endlich wurde von den Maßnahmen der Regierung zur Auflösung der Einwohnerwehren amtliche Mitteilung gemacht.

Der Bericht der Ruhrkommission.

Frankfurt a. M., 22. April. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Krefeld: Die feindliche Kommission, die über die Zustände im Ruhrgebiet sich unterrichten soll, berichtet, daß die Reichswehrtruppen sich immer noch im Ruhrgebiet befinden; es haben wohl Verschiebungen stattgefunden; aber geräumt sei das Gebiet nicht. Kriegsmaterial sei nicht gefunden worden, es müsse also versteckt sein. Die unmittelbare Auslieferung des Materials müsse sofort von der deutschen Regierung verlangt werden.

Das Krankenversicherungsgesetz.

Berlin, 22. April. Sämtliche bürgerliche Fraktionen der Nationalversammlung haben einen Antrag eingebracht, daß der ursprüngliche Regierungsantrag, die Verpflichtung zur Krankenversicherung auf Einkommen bis 12 000 Mk. auszudehnen, wiederhergestellt wird. (Zu der Kommission war ein sozialdemokratischer Antrag durchgedrungen, die Einkommensgrenze auf 20 000 Mk. zu erweitern.)

Major v. Gilsa beurlaubt.

Berlin, 22. April. Der frühere Adjutant Noskes, Major v. Gilsa, ist beurlaubt worden. Er soll eine andere Verwendung erhalten.

Der 1. Mai.

Berlin, 22. April. Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Nationalversammlung den angekündigten Antrag eingebracht, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. Das Zentrum hat sich dagegen ausgesprochen und von den Demokraten wird nach dem „B. Z.“ nur ein Teil für den Antrag stimmen, der wahrscheinlich keine Aussicht auf Annahme hat. (Im vorigen Jahr wurde der 1. Mai als „Weltfriedenstag“ gefeiert.)

Austritt Gradnauers.

Dresden, 22. April. Der Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird zurücktreten. Wie berichtet wird, hat das zögernde Verhalten Gradnauers gegenüber dem Banditen Hölz in Sachsen große Unzufriedenheit erregt. Gradnauer zählt zu den beständigsten Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei.

Hölz noch nicht ausgeliefert.

Prag, 22. April. Der Kommunist Hölz wird vorläufig nicht ausgeliefert werden, da er zunächst wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit von einem tschechischen Gericht abgeurteilt wird. Hölz wollte sich bei seiner Verhaftung mit einer verborgenen gehaltenen Handgranate zur Wehr setzen.

Berlin, 22. April. Auch der Hauptmann Sahn vom persönlichen Stab des Reichswehrministeriums ist beurlaubt worden. Der persönliche Stab des Reichswehrministeriums soll ganz aufgehoben werden.

Die Untersuchung gegen die Marineoffiziere.

Berlin, 22. April. Unter dem Vorsitz des Reichswehrministers fand heute eine Besprechung mit den Vertretern der Marinebehörden von Kiel und Wilhelmshaven, der oldenburgischen Regierung und dem Zivilkommissar von Kiel statt. Alle Teile waren sich klar darüber, daß auf die Dauer der Dienstbetrieb ohne Offiziere nicht möglich sei. Die Untersuchung gegen die vom Dienst enthobenen Offiziere wird durch das Untersuchungsamt des Ministeriums geführt und das Ergebnis durch einen parlamentarischen Ausschuß geprüft.

Der Rud nach links.

Berlin, 22. April. Eine Versammlung der sozialdemokratischen Parteimitglieder nahm eine von den Redakteuren des „Vorwärts“, Stampfer und Krüger, vorgelegene Entschließung an, die Reichstagswahlen zur Schaffung einer sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit auszunutzen und sich zu einer Einigung mit der Unabhängigen sozialistischen Partei auf dem Boden rein demokratisch-sozialistischer Politik ohne Diktatur bereit zu erklären.

Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter.

Berlin, 21. April. Die Eisenbahnarbeiter, besonders in den Werkstätten, haben neue Lohnforderungen gestellt. Die Arbeiter haben nach dem bis zum 31. Mai laufenden Tarifvertrag einen Stundenlohn von 2,50 bis 3 Mk. Sie verlangen nun eine Erhöhung um 1 Mk. in der Stunde, rückwirkend bis 1. Januar. In den darüber geführten Verhandlungen wurde eine Teuerungszuschlag von 80 Pfg. ab 1. April für die Arbeiter der 1. und 2. Lohnklasse, die übrigen verhältnismäßige Aufbesserungen, festgelegt. Der Mehraufwand wird 1 1/2 Milliarden betragen. Da aber die Nationalversammlung das Abkommen noch nicht genehmigt hat, ist unter den Arbeitern eine starke Gereiztheit entstanden, die schon zu Einzelstreiks geführt hat.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 21. April. Die Deutschnationale Volkspartei in Hannover wird den Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich als Kandidaten für die Reichstagswahl aufstellen.

Berlin, 21. April. Der preussische Landwirtschaftsminister Braun hat die Einladung des Deutschen Landwirtschaftsrats zu dessen Sitzungen abgelehnt.

Stockholm, 21. April. Nach dem Bericht der schwedischen Polizeibehörde an das Ministerium ist Kapuz als politischem Flüchtling der Aufenthalt in Schweden zu gestatten.

Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Berlin, 21. April. Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen soll am 27. Juni stattfinden.

Der Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen gibt Fahrtscheine für freie Reise in die Abstimmungsgebiete aus. Diese Scheine gelten 21 Tage vor und 21 nach der Abstimmung. Stimmberechtigte Ost- und Westpreußen, die die Einreise früher antreten wollen, erhalten das Reisegeld 3. Klasse für hin und zurück erstattet, wenn sie vor Eintritt der Reise einen Antrag bei ihrem Heimatbund oder einer Zweigstelle des Deutschen Schutzbundes stellen und nach ihrer Rückkehr nachweisen, daß sie am Abstimmungstag an ihrem Geburtsort amwesend waren.

Das Musterland Gotha.

Berlin, 21. April. Nach dem „Vollstäniger“ hat die Gothaer Regierung das Reich wegen Verfassungsbruch verklagt. Sie will auf gerichtlichem Weg nachweisen, daß Gotha allein im ganzen Reich die Verfassung wachhalte.

Aus dem besetzten Gebiet.

Brüssel, 21. April. Havas meldet, in dem von den Belgiern besetzten deutschen Gebiet seien die Eisenbahnen in den Ausstand getreten. Der ganze Eisenbahndienst ruht.

San Remo, 21. April. (Reuters.) Der Völkerbund hat es abgelehnt, ein Mandat über Armenien anzunehmen.

Amsterdam, 21. April. Der Berichterhalter der „Bestuimer Gazette“ meldet, die italienische und die jugo-slavische Regierung seien in der abriatischen Frage zu einem Einvernehmen gekommen. Syrien, Palästina, Mesopotamien, Ägypten, Armenien, Thracien und Smyrna sollen der Türkei genommen werden. Hinter Adana soll eine französische, hinter Adalia eine italienische Zone festgesetzt werden. Die Türkei wird die Hälfte aller Untertanen verlieren und künftig ungefähr 9 Millionen Mohammedaner und 2 Millionen Christen umfassen.

Die Finanzkonferenz.

Paris, 21. April. Heute trat die Finanzkonferenz zusammen, auf der außer Amerika und den Mittelmächten fast alle Staaten Europas vertreten sind. Wie verlautet, sollen den Mittelmächten keine Gelddarlehen gegeben, sondern ausschließlich Rohstoffe zur Verarbeitung geliefert werden. Die Fertigerzeugnisse werden dann von den Verbündeten übernommen.

London, 21. April. (Reuters.) Der Oberste Rat hat die Ausstellung von Pässen für die englische Arbeiterabordnung, die nach Sowjet-Rußland gehen soll, genehmigt.

Verschöpfung gegen England?

Rotterdam, 21. April. Laut „Evening Star“

soll eine weitverzweigte Verschöpfung entdeckt worden sein, in Juni Kustände in Irland, Ägypten, Indien und Kanada hervorgerufen. Der Plan stammt aus dem Hauptquartier des Irlandsers de Valera in New York, der als Kriegsflotte 2 Millionen Pfund Sterling besitze.

Aufstand der Ukrainer.

Amsterdam, 21. April. Die „Times“ melden, daß die Gerüchte über eine Erhebung der Ukraine in Kiew sich bestätigen.

Amsterdam, 21. April. Die „Times“ melden aus Belgrad: Die Eröffnung der Klupschina, die am 19. April erfolgen sollte, mußte verschoben werden, da infolge des Streiks nur 6 Abgeordnete die Hauptstadt erreichen konnten.

Kopenhagen, 21. April. Beim Baikalsee (Sibirien) haben die Japaner die Bolschewisten in dreitägigem Kampf völlig geschlagen.

New York Herald“ meldet aus Washington, die Senatskommission werde noch in dieser Woche eine Entscheidung einbringen, nach der die Vereinigten Staaten sich vom Frieden von Versailles und den europäischen Streitfragen förmlich lossagen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 21. April.

Interpellation Bärde betreffend Durchgangsverkehr nach Ostpreußen durch polnisches Gebiet.

Abg. Bäcker (D.nat.Bp.): Polen sollte uns zu Dank verpflichtet sein. Statt dessen hat es feindselig unsere Hand zurückgewiesen. Wir empfinden, was es heißt, Recht ohne Macht zu haben. Der Friedensvertrag sichert uns den freien Durchgangsverkehr auf allen Linien. Seit wird er auf die eingleisige Nebenbahnlinie Czersch-Marienwerder beschränkt. Ostpreußen soll vom Reich abgegrenzt werden. Die Regierung hat Abhilfe versprochen. Es ist aber noch immer nichts geschehen. Wir Ostpreußen wollen lieber mit Deutschland hungern, als mit den Polen Ueberflutungen erleiden. Es muß etwas geschehen, und zwar sofort. Die Einwohnerwachen müssen zum Schutz gegen den Bolschewismus in Ostpreußen erhalten bleiben. Wir hoffen, daß der neue Reichsaussenminister einen frischen Geist in sein Amt bringen wird.

Minister Dr. Kötter: Der polnische Korridor ist ein rein künstliches Gebilde, das dem Aufbau der wirtschaftlichen Verbindung Europas ins Gesicht schlägt. Wer trägt uns dafür, daß Polen bei der Abtretung seiner Noten nicht fertig wird und die Sperre des Korridors (des Zugangs zu Ostpreußen) ins Ungemessene verlängert. Wir müssen zu einem festen Vertrag kommen, wie es uns zugesagt worden ist. Wir machten die Korridorfrage zum Gegenstand von Verhandlungen in Paris. Die Polen sind bereit, in diesen Tagen die Besprechungen darüber zu beginnen. In diese Verhandlungen hinein ist nun die polnische Sperrverfügung, angeblich wegen der Banknotenabsetzung, gelangt. Die Strecke Czersch-Marienwerder steht währenddessen nur für vereinzelt deutsche Wagen in polnischen Zügen und nur bei Tage offen. Eine derartige polizeiliche Sperre entspricht mindestens nicht dem Sinne des Artikels 82 des Vertrags. Wir haben sofort Einspruch erhoben. Es ist Aussicht vorhanden, die Schwierigkeiten zu vermeiden. Zwangsmassnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet erübrigen sich, weil wir schon die Ausfuhr gesperrt haben, da Polen seine wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Die Abschließung Ostpreuens müssen wir durch Verbesserung der Seeverbindung verhindern. Wir müssen Polen zu bedenken geben, daß Polen mindestens so sehr auf Deutschland angewiesen ist, wie umgekehrt.

Abg. Heiblich (D.D.P.) wünscht, daß die Unterhändler mit den Polen etwas weniger zähst umgehen.

Abg. Dr. Fritsche (3): Die Polen täten gut daran, sich allmählich an die Bestimmungen des Vertrags zu gewöhnen. An Stelle des Rechts im Osten die Willkür getreten. Für Ostpreußen muß es möglich sein, ins polnische Gesamtministerium eine Zentralstelle geschaffen zu werden.

Abg. Graf Dohna (D.Bp.): Dem Minister sind wir dankbar für seine Ankündigung energischer Massnahmen, hätten aber eine etwas schärfere Sprache gewünscht gegenüber dem brutalen Rechtsbruch der Polen.

Abg. Schulz (D.nat.Bp.): Man möge Leute zu den Verhandlungen nach Warschau schicken, die von den Dingen etwas verstehen. Unsere Auslandspolitik müßte in Bismarckschem Geiste geführt werden.

Minister Dr. Kötter: Es bleibt deutsch. Wenn wir hier Auslandspreise berechnen, so zieht dies aus praktischen Rücksichten, um Schließungen unmöglich zu machen.

Reichskanzler Müller: Abg. Schulz ist noch in dem Gedankenkreis von vor 40 bis 50 Jahren befangen. Die fremden Diplomaten sind heute auch keine Feinde.

Abg. Hahn (U.S.P.): Herr Kötter hat nationalstiftische Töne angeschlagen. Die heutigen Minister sind immer noch besser, als die der alten Zeit. Die Arbeiterschaft wird mit den Kosten dieser Zeit aufzuräumen.

Württemberg.

Stuttgart, 21. April. (Verkauf der Silberbahn.) Die Silberbahn soll bekanntlich mit dem 1. März mit allen Betriebsmitteln, Grundstücken, dinglichen Rechten usw. für die Summe von 6 Millionen Mk. auf den Staat und die Stadt Stuttgart übergehen. Die auf dem Unternehmen ruhenden Hypotheken sind von der Württ. Nebenbahn-Gesellschaft zu lösen. Die Beamten sind vom Staat zu übernehmen. Zugänglich des Agios auf die zum Nennwert zurückzahlenden Obligationen ergibt sich für die Gesellschaft, deren Anlagen mit 6.707.000 Mk. zu Buch stehen, ein Verlust von 1.100.000 Mk. Trotz des Verkehrsbedürfnisses der Silberbahn ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Gesellschaft nicht mehr in der Lage, wirtschaftlich zu arbeiten, da sich die Betriebskosten infolge der erhöhten Materialkosten, des Achtstundentags und der Lohnsteigerungen verdoppelt haben. Die Gesellschaft hatte sich an den Staat um Zuschüsse gewandt, wurde aber abschlägig beschieden. Die Gesellschaft hat ausgerechnet, daß wenn sie die Geleise herausgenommen und die Betriebsmittel verkauft hätte, sie ungefähr 12 Millionen Mark eingenommen hätte. Ob die noch weiter in dem Besitz der Gesellschaft befindlichen Bahnen ohne Verlust betrieben werden können, läßt sich noch nicht voraussagen.

Stuttgart, 21. April. (Neue Betriebsrätewahl.) Die letzte Betriebsrätewahl in den Daimlerwerken in Untertürkheim ist angefochten worden. Nach dem Urteil des Schlichtungsausschusses ist eine Neuwahl vorzunehmen.

Stuttgart, 21. April. (Berger Inselquelle.) Die Fassung der Sauerwasserquelle auf der Insel in Berg mußte umgebaut werden, da durch Aufsammlungen von Kohlensäure in dem alten vertieften Wasserloch verschiedene Unglücksfälle verursacht wurden. Jetzt sind zwei Steinbrunnen mit je zwei Ausläufen erstellt worden, die durchaus gefahrlos sind.

Stuttgart, 21. April. (Die Weinhöchstpreise.) Der Württ. Hotelbesitzerverein beschloß in seiner Jahresversammlung am 20. April, für die Aufhebung der Weinhöchstpreise beim Ernährungsministerium und Landtag vorzutreten. Es wurde in der Versammlung mitgeteilt, daß die Unterländer Hotelbesitzer in einer Eingabe an das Ministerium darauf hingewiesen haben, daß die Weinbauersinnung ihre ziemlich beträchtlichen Weinvorräte nicht zum Höchstpreis abgeben wolle, sondern sie vorläufig noch zurückhalte.

Stuttgart, 21. April. (Vom Tage.) Auf dem Westbahnhof kam am Dienstagabend der 22 Jahre alte Maschinenbautechniker Kober von Nusberg beim Aufspringen in den fahrenden Zug unter die Räder. Der Tod trat sofort ein.

Aus einem Lagerraum in der Johannisstraße wurden 1000 Rollen Nähfaden im Wert von 15.000 Mark gestohlen.

Feuerbach, 21. Febr. (Vom Rathaus.) Der Gemeinderat beschloß eine Reorganisation der städtischen Kemer. Die Assistentenstellen werden erheblich vermindert, aber die Beamtensstellen um 18 vermehrt.

Feuerbach, 21. April. (Diebstahl.) Im Sporthaus des Turnerbunds im Botnanger Tal wurden verschiedene Gegenstände im Wert von etwa 500 Mk. gestohlen. Die Täter konnten in Stuttgart festgenommen werden.

Göppingen, 1. April. (Kirchenraub.) In der Nacht auf Montag wurden in der katholischen Josefstirche hier aus dem erbrochenen Tabernakel zwei goldene Hostienkelche gestohlen.

Calw, 21. April. (Berufung in die Reichsschulkonferenz.) Handelschuldirektor Fischer hier, der Vorsitzende des württ. Landesverbands der Freien (privaten) Unterrichts- und Erziehungsanstalten, wurde zum Mitglied der Reichsschulkonferenz berufen.

Obingen, 21. April. (Sonnungsache.) Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Spanagel wurde eine freie Bäderinnung für den Bezirk Obingen gegründet. Zum Vorstand wurde Bädermeister Guhl-Obingen gewählt.

Ravensburg, 21. April. (Giftmord?) Auf dem

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Fritzen.

(Fortsetzung.)

16

„Neht hat sie! Wir dürfen ihrem Glück nicht im Wege stehen! Kommt, laßt den alten Hasensuß dort allein! Wir wollen betreten, wie wir Abschied von unserm Sonnenschein feiern!“

Zuerst noch leiser Widerspruch. Anurten. Zinsleres Glöhen nach der Erde hin.

Schließlich folgt man aber doch dem vernünftigen Rat. Die „Jungens“ trotten von dannen, und Justizrat Mertens kommt zögernd aus seinem Versteck hervor.

„Entschuldigende Bande!“ murmelt er vor sich hin und wischt sich den Angstschweiß vom Gesicht. „Und in dieser Umgehung ist Diane Krevallo, die Millionärsbin, aufgewachsen! Unverantwortlich!“

Kaum rötet sich am nächsten Morgen der östliche Himmel, da reitet eine kleine Kavallade von Büssel-Goldfeld fort, hinein in die Sandebene der Karoo, gen Kapstadt: der Justizrat Mertens, der Kapstädter Polizist, die wilde Hummel und Karl Heinzjuss.

Der Abschied von Mutter Wilhelmine war besonders schwer. Die Alte weinte und schluchzte, als sollte ihr das Herz brechen.

Als die vier an der letzten Hütte von Büssel-Goldfeld vorbeiritten, wurden sie von sämtlichen „Jungens“ umringt, die, teils zu Pferd, teils zu Fuß, der wilden Hummel das Geleit geben wollten.

Hochruft durchdröhnen die klare Morgenluft. Improvisierte Musik auf der Ziehharmonika, der Holzflöte und dem Tubelrad erschallt. Und rauher Gesang.

Als die Sonne zu steigen beginnt, hält die wilde Hummel ihr Pferdchen still an.

Sie will sprechen. Unmöglich. Etwas, das stärker ist, als sie, schnürt ihr die Kehle zu wie mit würgendem Griff. Nur mit der Hand winkt sie ringsum und schluchzt!

„Lebt wohl, Jungens! Lebt wohl!“

„Leb' wohl, Sonnenscheinchen! Vergiß nicht die Jungens von Büssel-Goldfeld!“ brüllt es hinter ihr her, und manche schwellege Faust fährt sich über die Augen.

Justizrat Mertens, der sich der Vorsicht halber stets möglichst nahe dem Polizisten hielt, atmet erleichtert auf, als endlich hinter ihm Musik, Gesang und Gebrausch in fernem Wüsteneinsamkeit verhallen.

Die „wilde Hummel von Büssel-Goldfeld“ aber sprengt an Karl Heinzjuss' Seite, der sie bis Kapstadt begleiten will, in rasendem Galopp über den Wüstensand.

Sie weiß, eine neue Periode ihres jungen Lebens beginnt, und ihr troster Kindesinn läßt sie hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken.

7.

Ar einem regnerischen, feuchtkalten, nordischen Herbsttage ist es.

Eingebornig plätschern große Tropfen vom wolkenverhangenen Himmel hernieder auf das Häusermeer der deutschen Reichshauptstadt, auf die dahersiehenden Straßenbahnwagen und Autos, auf die amisenartig durcheinander wimmelnden Menschen.

Unter den hohen fahlen Kiefern des Grunewaldes sieht es fast noch trostloser aus. Alles grau in grau. Wie verschlafene Dornbüschel erscheinen die einzelnen, aus dem Dunkel hervorlugenden Willen, hinter deren

Banken ab und zu elektrisches Licht ausblitzt und etwas Leben in die öde Landschaft bringt.

Ein kleines blaues Auto rattert den Kurfürstendamir entlang, jagt über die große Brücke, biegt in die Hubertus-Allee ein und schwenkt dann mit scharfem Bogen in die Bismarck-Allee ab.

Jetzt ein Spensignal — das Auto hält vor dem gusseisernen Tor einer architektonisch besonders schönen Villa.

Ein Diener eilt heraus, öfnet das Tor und hilft mit tiefer Verbeugung einem kleinen, etwas torpulenten älteren Herren und einer jungen schlanken Dame in einfachem dunkelblauem Reifelleid beim Aussteigen.

„Ist Ihre Excellenz zu sprechen?“ fragt der Herr kurz.

„Sehr wohl. Herr Justizrat. Ihre Excellenz erwartet, die Herrschaften in ihrem Douvoir.“

Und eifertig geleitet er den Herrn und seine junge Begleiterin durch den schmalen Vorgarten, die teppichbelegte Treppe hinauf, nach dem ersten Stockwerk.

Ein einer goldverzierten Flügeltür klopf er leise an. „Herein!“ ertönt von drinnen eine hohe, dünne Frauenstimme.

Der Justizrat und seine Begleiterin treten ein. Geräuschlos schießt die Tür wieder hinter ihnen.

Aus rotbrotfarbenen Wänden überströmt maaisches Fächerlicht den ganzen, mit rosa Seide ausgeschlagenen kosigen Raum und wirft rosige Reflexe auf die aufstehende kleine zierliche Frauengestalt, die dort in müde Haltung auf dem mit persischen Decken belegten Divan ruht und bei dem Eintritt der beiden kaum den feinfrisierten Kopf hebt.

Rheinhof bei Niederbiegen verschied der Gutbesitzer Joh. Beich unerwartet unter Vergiftungserscheinungen. Die Frau des Verstorbenen und ein Knecht wurden in Haft genommen.

Mutmaßliches Wetter.

Ein Luftwirbel im Nordwesten, der in östlicher Richtung gegen Norwegen vordringt, läßt am Freitag und Samstag vorübergehend aufheiterndes, aber auch mehrfach bedecktes und zu geringfügigen Niederschlägen ge- rigtes, mäßig warmes Wetter erwarten.

Baden.

Karlsruhe, 21. April. Im bad. Landtag haben die soziald. Abgg. Marxhoff und Gen. den Antrag eingebracht, die Zuständigkeit der Gemeinderichte bis zu einem Streitwert von 300 M. auszuweiten.

Karlsruhe, 21. April. Zum neuen Kommandeur des bad. Gendarmeriekorps ist Major Seneca, Kommandeur der Gendarmerieschule, in Aussicht genommen.

Karlsruhe, 21. April. Die für Baden geschaffene Ausgleichsstelle für Auslandsforderungen hat festgestellt, daß in Baden insgesamt 65 000 Forderungen mit einem Gesamtbetrag von 50 Millionen M. offenstehen. Von dieser Summe entfallen allein 20 Millionen auf Pforzheim.

Mannheim, 21. April. In der ersten Sitzung des Schwurgerichts wurde der 39jäh. Tagelöhner Gustav Kreuzer, der den verheirateten Tagelöhner Jos. Mayer während eines Streits erstochen hatte, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Kreuzer hatte mit der Frau des Mayer ein Verhältnis unterhalten. Bei einem Wortwechsel darüber war die Tat begangen worden.

Mannheim, 21. April. In Rheinau wurde nachts die katholische Kirche erbrochen und der Tabernakel gewandelt. Die Diebe schleppten den Tabernakel in den nahen Wald, wo sie ihn aufbrachen. Wertvolle Gegenstände befanden sich aber nicht darin; sie wurden an anderer Stelle verwahrt. Die Diebe sind noch nicht erkannt.

Brühl (bei Schweizingen), 21. April. Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit wurde unsere Gemeinde durch Großfeuer heimgesucht, das das Anwesen des Landwirts Friedr. Gredel fast völlig einäscherte.

Heidelberg, 21. April. Das hiesige Nahrungsmittellager erhielt die Drahtnachricht, daß 1200 Doppelzentner Getreidemehl von der Reichsgetreidestelle aus norddeutschen Mühlen ihm zugewiesen wurden und 700 Dtzr. bereits unterwegs sind.

Heidelberg, 21. April. Vom Wiener Jugendamt lief folgendes Telegramm ein: Abholung des Kinderzugs wegen Eisenbahnstreik unmöglich. Transport auf einige Tage verschieben.

Heidelberg, 21. April. Die Brandruine des Hotels Bellevue, das am 14. Dezember niederbrannte, wird abgetragen. Die Bausteine sollen zur Errichtung einer Nahrungsmittelfabrik verwandt werden.

Mühlheim, 21. April. Die Hauptversammlung des oberbadischen Weinbauvereins hat einstimmig Altkörnermeister Güntert-Lausen zum Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorstand Weinhändler Krafft-Schallstadt hatte schon 1914 aus Altersrücksichten sein Amt niedergelegt gehabt, es aber während des Kriegs noch weiter geführt.

Brühl bei Schweizingen, 20. April. Am Montagabend wurde unser Dorf wieder von einer Feuersbrunst heimgesucht. Das Anwesen des Friedrich Gredel fiel dem Feuer zum Opfer. Vier Familien sind durch diesen Brand obdachlos geworden. Der Gebäudeschaden beläuft sich auf 40-50 000 M.

Emmendingen, 21. April. In Weisheim wurden auf Bitte der Stadt Baden-Baden 40 Btr. frühe Saatkartoffeln und 240 Btr. Speisekartoffeln aufgebracht und nach Baden-Baden gesandt.

Lahr, 21. April. In Reichenbach war ein Mädchen in ein Flaschenbiergeschäft gekommen, um einen Einkauf zu machen. Der Sohn des Wohnungsinhabers hatte einen Revolver zur Hand, den er, in der Annahme, er sei nicht geladen, gegen das Mädchen richtete. Pflötzlich krachte ein Schuß und die Kugel durchschlug den Kopf

erst als der Advokat leise zu hüsteln beginnt, blickt er auf.

"Ah! Herr Justizrat! Endlich!"
"Ezzellens! Endlich!" erwidert Justizrat Mertens feujend. "Es war ein schweres Stück Arbeit!" Ihre Ezzellens, die Frau Klothilde von und zu Lüttinghausen erhebt sich lässig und geht mit gleitendem Schritt den beiden entgegen.

"Dies also ist Diane Aravallo, die Tochter meiner unvergeßlichen Freundin?"
"Ja, dienen, Ezzellens. Dies ist Fräulein Diane Aravallo, die Enkelin des berühmten Finanzgentes und Konsuls Eduard Winterstein."

"So —? Wirklich —?"
Boll höchsten Erstaunens blickt Gräfin Klothilde von und zu Lüttinghausen an der hochgewachsenen, schlanken Mädchengestalt mit dem kecken, frischen Gesicht und den großen, schwarzen Augen empor, während die wilde Hummel nicht minder verwundert das fast lächerlich zierliche Persönchen betrachtet, das ihr kaum bis zur Kinn reicht, — eine reine Puppenfigur mit schmalen Schultern und einer beängstigend dünnen Weisheit. Sie, der das blaßrosa Atlasgewand, die winzigen Hände, das jugendlich feisterte, aschblonde Haar und die merkwürdig rosige Gesichtsfarbe, die sich bis auf die Lehren erstreckt, etwas Kindliches verleihen.

Einige Sekunden gucken die beiden Augenpaare einander mit einem fast verblüfften Ausdruck an. Dann redet sich ihre Ezzellens, die Frau Gräfin Klothilde von und zu Lüttinghausen, auf den rosa bekleideten Hüfttischen in die Höhe.

"Laf Dich küssen, Liebes Kind! Und sei willkommen in der Heimat!"

Ochorsam, wenn auch ein wenig widerrwillig, beugt

des Mädchens. Man hofft die Verletzte am Leben erhalten zu können.

Freiburg, 21. April. Wie die „Freib. Tagespost“ berichtet, ist der katholische Lehrer Fischer in Obermünstertal, Amts Staufen, aus der kath. Kirche ausgestre- tet und hat sich geweigert, weiter den Schulkindern Religionsunterricht zu geben. Er schloß sich der Sekte der Bibelforscher an und geht von Hof zu Hof, um Anhänger zu gewinnen. Die Gemeinde Obermünstertal hat das Kultusministerium um Abberufung des Lehrers Fischer gebeten, widrigenfalls die Kinder nicht mehr zur Schule geschickt würden.

Willingen, 21. April. Hier wurde ein Schreiner unter dem Verdacht des Mordversuchs verhaftet. Er hatte von einem 70jährigen Junggefallen ein Darlehen von 7000 M. aufgenommen und wollte es zurückzahlen. Er steht unter dem Verdacht, daß er jedesmal, wenn er bei seinem Gläubiger war, die Gashähnen öffnete, um den alten Mann zu vergiften.

Konstanz, 21. April. Beim Landgericht in Konstanz wird eine Kammer für Handelsfachen errichtet werden.

Vermischtes.

Das Par. Jaus in Wieringen. Die holländische Regierung verhandelt wegen des Ankaufs des Pfarrhauses in Osterreich (Wieringen), das dauernder Wohnsitz des ehemaligen deutschen Kronprinzen bleiben soll.

Kasselertheorie und Rassenpflege. Der bekannte Biologe Geheimrat W. H. Gertenhauer in Meiningen hat vor dem Krieg ein vielbeachtetes Buch über Rassenlehre und Rassenpflege geschrieben, das nunmehr, nachdem die im Buch vertretene Anschauungen im Krieg reichliche Bestätigung gefunden haben, auf Grund der Kriegserfahrungen überarbeitet und erweitert worden ist. Die empfehlenswerte Schrift ist im Sissoverlag in Leipzig erschienen. Preis 2.50 Mk.

Entsorgung der Zuchthäuser. Aus dem Zuchthaus in Striegau (Schlesien) sind 19 Schwerverbrecher entlassen, darunter zwei zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte.

Wirbelsturm. Ein furchtbarer Wirbelsturm erschütterte Teile von Alabama, Tennessee und Mississippi in den Vereinigten Staaten. Es gab 30 Tote. Der Schaden ist groß.

Zinsüberhöhung in England. Seit kurzem wird in europäischen Ländern die Zinsgrabie angehoben. Vor vier Wochen begann man damit in Schweden, und England folgte alsbald. Im laufenden Monat haben dann die Nationalbanken von Belgien, Frankreich und Italien ebenfalls ihren amtlichen Wechselzinsfuß hinaufgesetzt. Dasselbe tut nunmehr auch die Bank von England, indem sie ihren amtlichen Zinsfuß, der seit dem 6. November 1919 auf 6 Prozent gestanden hatte, auf 7 Prozent erhöhte.

Schlafkrankheit. In Gändenhausen bei Schopshelm (Baden) starb ein 17jähriges Mädchen an Schlafkrankheit, nachdem sie 14 Tage völlig teilnahmslos auf dem Krankenlager gelegen hatte. Im besetzten Gebiet ist bekanntlich die Schlafkrankheit durch schwarze Franzosen eingeschleppt worden.

„Biliger“ Gänsbrot. In der Stadt Wschersleben und der Umgebung wurden am Samstag die Gänscheiben, die bisher 40 und 50 Mark das Stück kosteten, mit 20 Mk. verkauft; Ziegenlammern, die bisher 125 Mk. kosteten, gingen auf 50 Mk. herunter.

Keine Beleuchtung in den Zügen. Wegen der Wirren in Mitteldeutschland erhält die bayerische Bahnverwaltung kein Gasöl mehr, da die Teerschmelzereien stillgelegt sind. Infolgedessen werden die meisten Personenzüge keine Beleuchtung erhalten.

Gegen die neu-orthographe. Die Vollversammlung der Professoren, Privatdozenten und Lektoren der Westfälischen Wilhelms-Universität hat sich in einem Protest gegen die radikale Neuregelung d. deutschen Orthographe ausgesprochen und dabei folgende Thesenpunkte geltend gemacht: 1. Eine rein phonetische Schreibung kann es nie geben, denn die Sprache ist Bewegung und läßt sich nicht fixieren. 2. Eine annähernd phonetische Schreibung (wie sie hier geplant ist) hat jedes Volk am Anfang seiner kulturellen Entwicklung. Nur Sprachen ohne literarische Vergangenheit werden noch phonetisch geschrieben. Phonetische Schreibung ist also ein Zeichen tiefer literarischer Kultur. Die Einführung einer phonetischen Schreibung bedeutet einen Bruch mit unserer literarischen Tradition, der technisch kaum durchführbar, wirtschaftlich von großem Schaden wäre und die ganze bisherige deutsche Literatur nur noch für eine kleine Schicht von höher Gebildeten zugänglich ließe. 4. Die pädagogische Methode muß als ganz einseitig und falsch bezeichnet werden, die nur das Schreiben erleichtern will und gleichgültig das Lesen mindestens in demselben Maß erschwert. Denn das Lesen ist für die Kultur jedes Volkes noch wichtiger als das Schreiben.

Fremdenanzug nach London. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ droht London diesen Sommer eine Ueberschwemmung durch Amerikaner und Kolonialen. Ueber eine Million Amerikaner, 100 000 Australier und 40 000 Kanadier hätten die Absicht aus- zuatwachen, Europa dieses Jahr zu besuchen. Aber der ver-

sich Hummelchen nieder, und die schmalen, auffallend roten Lippen der kleinen Dame berühren für eine Sekunde ihre Stirn.

„Ehe Du mir irgend etwas erzählst —“ fährt Ihre Ezzellens, bevor das Mädchen überhaupt den Mund aufgetan hat, immer mit derselben hohen Hüstelstimme, fort — „ehe Du mir irgend etwas erzählst,ruhe Dich aus! Du mußt ja entsetzlich angegriffen und abgemattet sein nach der langen, langen Reise und besonders der schrecklichen Seefahrt!“

„Ich bin nie angegriffen,“ erwidert die wilde Hummel und ihre frische klare Stimme hallt wie eine Glocke durch den mit Rippes überladenen, stark parfümierten Raum.

„Ach —? Nicht möglich! Du mußt angegriffen sein Du wirst es nur nicht merken. Geh in mein Ankleidezimmer nebenan und lege Dich ab! Meine Jose wird Dir helfen. Zum Tee lasse ich Dich rufen!“

Schweigend begibt sich die wilde Hummel, unter Führung der, rasch herbeigelauneten Kammerzofe, in das bezeichnete Kabinett, während die runden, wasserblauen Augen Ihrer Ezzellens ihr erstaunt folgen.

Als sich die Tür hinter ihr geschlossen hat, trippelt die kleine Dame auf ihren hochhackigen Schuhchen auf Justizrat Mertens zu.

„Einfach entzückend!“ tuschelt sie ihm zu, die brei- lauten-beringten Hände zusammenschlagend. „Ich bin auf höchste strappiert. Sie wird eine wundervolle Akquisitorin für meine Salons sein! Und für die ganze Berliner Gesellschaft!“

Der Advokat hüstelt und verbirgt ein spöttisches Lächeln hinter der elegant behandschuhten Rechten.

(Fortsetzung folgt.)

fügbare Schiffsraum erlaube den Transport von nicht annähernd solcher Zahl. Trotzdem seien die großen Londoner Hotels für 6 Monate ausverkauft, und mehr als 16 große Oganisationen bemühten sich, die erwarteten Besucher privatim unterzubringen. Auf den Schiffen seien bis nach September nur noch sehr wenige Plätze zu bekommen.

Das Schaffensalter der Genies. Das Wunder der genialen Menschen ist eines der größten Rätsel, denen die Menschheit dankbar, aber ohne Kenntnis der tieferen Gründe gegenübersteht, und erhöht wird dieses Rätsel noch dadurch, daß viele der großen schöpferischen Geister schon in sehr frühem Lebensalter ihre Talente vollbringen. Einen Ueberblick über dies Schaffensalter des Genies gibt Geh. Rat Theobald auf Grund amerikanischer Zusammenstellungen in der „Umschau“. Eine ungewöhnliche Frühreife findet man besonders bei mathematischen und musikalischen Genies, die fast immer schon in ihrer Jugend Wunderkinder gewesen sind. Mozart komponierte mit fünf, Händel mit elf Jahren, Beethoven war mit 14 Jahren schon Hoforganist, Pascal schrieb mit 16 Jahren seine Abhandlung über Kegelschnitte, Laplace hatte seine Stellung in der wissenschaftlichen Welt begründet, bevor er 21 Jahre alt war, und der englische Mathematiker Henry Smith brachte sich mit vier Jahren selbst Griechisch bei. Gauß und Euler hatten sich schon in ihrem zehnten Jahre als mathematische Pfadfinder heroisiert. Galilei entdekte mit 18 Jahren die Pendelgesetze und Newton mit noch nicht 25 das Gesetz der Schwerkraft. Selbst Erfindungen, die doch eigentlich eine längere praktische Erfahrung voraussetzen, sind von Genies in sehr jungem Alter gemacht worden. Perkin fand die Anilinfarbe mit 18 Jahren; Mc. Cornick baute mit 22 Jahren seine erste Getreidemähmaschine; Westinghouse und Marconi hatten kaum ihre Volljährigkeit erreicht, als ihre Schöpfungen, die Druckluftbremse und die drahtlose Telegraphie, ihren Belust beschränkten. Wenn man die bedeutendsten Erfindungen der Neuzeit und das Lebensalter der Erfinder bei ihrer Einführung zusammenstellt, so ergibt sich das verhältnismäßig frühe Durchschnittsalter von 32 Jahren, in dem diese Erfindungen gemacht wurden. Jedenfalls scheinen die regsten und ergiebigsten Lebensjahre der großen Erfinder zwischen 27 und 36 Jahren zu liegen; anfangs der 30er entfallen die Genies ihre großartigste Erfindertätigkeit. Aber auch geniale Männer, die auf anderen Gebieten sich betätigen, haben schon im jungen Alter Heroisches geleistet. Raffaels Kunst hatte eine bewundernswerte Höhe erreicht, bevor er noch 17 Jahre alt war. Goethe konnte schon mit acht Jahren etwas Latein, Griechisch, Französisch und Italienisch. Unter den großen Eroberern der Weltgeschichte war Alexander mit 25 Jahren Beherrscher der Welt, Hannibal mit 26 Jahren Oberbefehlshaber des karthagischen Heeres und Napoleon zeigte sich mit 27 Jahren als der größte Feldherr seiner Zeit.

Im Unglück. Ein erschütterndes Bild bringt der „Derner Bund“ aus Wien. Am 1. April erschien eine eigentümlich anmutende Gesellschaft vor Abgang des Schnellzugs nach Berlin am Franz-Joseph-Bahnhof in Wien. Eine kleine Frau im mittleren Jahren, ärmlich gekleidet, erschien mit einem großen Mann in russischer Felduniform, einer Rotkreuzschwester mit zwei Kindern, einem Knaben im Alter von ungefähr 3 Jahren und einem Mädchen, das nur wenige Monate älter dürfte. Dazu drei halbmächtig aussehende Dienerrinnen und ein russischer Infanterist mit einem Fudel. Das Handgepäck bestand in ein paar verknürten Bündeln und einem einfachen Koffer. Begleitet wurde die Gesellschaft von einem dänischen Konsul und einem alten Herrn, der in seinem Aussehen und in seiner Kleidung einen traurigen Eindruck machte. Die ganze Gesellschaft wurde in ein Abteil 1. und 2. Klasse untergebracht. Es war die einjährige Großfürstin von Rußland und Schwesster des Zaren, Olga Alexandrowna, die von Wien unter dänischem Schutz mit ihrer Familie nach einer langen Irrfahrt und furchtbaren Entbehrungen nach Kopenhagen, zu ihrer Mutter, der früheren Zarin Maria Feodorowna, geborene Prinzessin Dagmar von Dänemark, reiste.

Notales.

ep. Heimkehr der deutschen Gefangenen in Ost-Sibirien. Der erste Transport mit ca. 1000 deutschen Kriegsgefangenen ist am 31. März in Wladivostok in See gegangen und wird Mitte Mai in Hamburg erwartet. Zu seinem Empfang wird auch die „Schwäbische Frauenliga zur Heimholung der Gefangenen“ eine Vertreterin nach Hamburg entsenden, die die Aufgabe hat, an die heimkehrenden wie an die noch in Sibirien befindlichen Württemberger Briefe ihrer Angehörigen zu übermitteln und andererseits über das Befinden der württ. Gefangenen zuverlässige Erkundigungen einzuziehen und an die Angehörigen weiterzugeben. Die Schwäbische Frauenliga bittet, bis spätestens 1. Mai sämtliche Adressen württ. Gefangener in Sibirien sowie ihrer Angehörigen an Frau Johanna Kiefner, Stuttgart, Wis- marstr. 68, mitzuteilen und ebenso Briefe an die Gefangenen dorthin zu senden.

ep. Meisterbilder-Andachten. Buchhändler Richard Jordan, Niga-Stuttgart hat im letzten Winter in 33 evangelischen Kirchen Württembergs und Badens religiöse Lichtbildervorträge (Martin Luther und Leben Jesu) in Form von musikalischen Meisterbilder-Andachten gehalten. Aus dem Erlös konnten M. 4718 verschiedenen vaterländischen und kirchlichen Zwecken zugeführt werden (seit Kriegsbeginn mehr als 15 000 M.).

Die Wahlkarten. An Stelle der von der Behörde aufgestellten Wählerliste tritt eine solche, die von den Wählern selbst hergestellt wird. Die Gemeindebehörde gibt an die Wähler mehrteilige Karten aus, deren Abschnitte einen Vordruck entsprechend dem für die Wählerliste aufgestellten enthalten. Der Wähler füllt diese Karte in ihren Teilen übereinstimmend mit seinen Personalien aus und schickt sie an die Gemeindebehörde zurück, die die Angaben prüft und ergänzt. Dann werden die Karten nach Wahlbezirken gelegt, in den Bezirken mit fortlaufender Nummer versehen und in ihre Teile zerlegt. Teil I bildet die Wählerliste, Teil II wird Bestandteil eines Doppelstücks der Wählerliste, Teil III gelangt an den Wähler zurück und bildet für ihn den Nachweis über seine Aufnahme in die Wählerliste und gleichzeitig den Ausweis gegenüber dem Wahlvorsteher.

Die Entdeckung des Papiergelds. Nach einer alten, in der Bibliothek zu Heidelberg aufbewahrten Handschrift über die Eroberung Granadas vom Jahr 1487 berichtet Antonio Agapida, daß der Graf Tendilla bei der Belagerung der Festung Alhama im Jahre 1481 kein Geld mehr hatte, um seinen Kriegszuleuten den Sold zu bezahlen, und diese deshalb zu murren begannen. Da schrieb der Graf gewisse Summen auf kleine Stücke Papier, setzte seinen Namen darunter und gab sie als Zahlung seinen Soldaten. Gleichzeitig erließ er an die Bevölkerung die Weisung, dies Papiergeld, für dessen Einführung er mit seinem ritterlichen Worte halte, unweigerlich als Zahlung anzunehmen; wer dies unterließ, sollte mit schwerer Leibesstrafe belegt werden. Dieses Papiergeld kam bald in Umlauf und Agapida berichtet, daß der Graf „redlich und ehrlich“ sein Wort gehalten und das Papier nach und nach eingelöst habe. Da eine große Menge davon in den Handel gekommen war, so wurde dadurch die Idee von Kaufleuten unter sich ebenfalls verwirklicht, bis sie endlich auch die Staatsregierungen annahm und in neuester Zeit eine solche Ueberschwemmung mit Papiergeld herbeigeführt wurde, wie sie sich Graf Tendilla, als er seine Soldaten mit den Uransätzen der papierenen Kassenanweisungen befriedigte, sicherlich nicht träumen ließ.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 21. April.

(Schluß.)

Reichshaushaltsgesetz.

Abg. Schuler (Franken, Bayer. Volksp.): Wir wollen diesen Ausgleich annehmen, aber keinen Vorgang für künftige Besteuerung schaffen. Sie haben keinen richtigen Ermittlungssatz für das Vermögen. Das Papiergeld ist kein solcher Maßstab.

Regierungsrat wird erklärt, daß sobald dem Haus ein Steuerentwurf vorgelegt wird, welches die Einkommensteuer, aber nicht als Sonderbesteuerung, die über den Rahmen der übrigen Steuerentwürfe hinausgeht.

Mit erheblichen Abänderungen wird sodann der Gesetzentwurf in dritter Lesung erledigt. Es folgt die 2. und 3. Beratung des Entwurfs eines Vermögenssteuergesetzes.

Nach Bemerkungen der Abg. Richter (D.V.P.), Reil (S.), Damm (D.V.P.), Walbstein (D.V.P.) und Dr. Mumm (D.V.P.) wird der Entwurf angenommen mit der Abänderung, daß außer den Goldmünzen auch Silbermünzen mit dem Metallwert zu bewerten sind.

Außerhalb der Tagesordnung kommt noch zur Beratung ein Antrag des Haushaltsausschusses betreffend die Auszahlung der Forderungen der Eisenbahnen für die Eisenbahnarbeiter und die Verwaltungsarbeiten, die zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeiterorganisationen vereinbart worden sind. Eine entsprechende Ermächtigung soll für die übrigen Zweige der Verwaltung erteilt werden. Es handelt sich zunächst um einen Betrag von 2 1/2 Milliarden.

Reichsfinanzminister Witt: Die finanzielle Tragweite ist außerordentlich groß für das Reich. Die Reichsbudgetsordnung wird zunächst sich darauf aufbauen müssen. Die Verhandlungen über einen Reichssteuertarif mit den Eisenbahnorganisationen beginnen in den nächsten Tagen. Die Androhung des Streiks ist mit dem demokratischen Gedanken nicht zu vereinbaren. Mit der Bewilligung dieser Forderung ist allerdings die Finanzgebarung des Reichs auf lange hinaus auf das empfindlichste beeinflusst.

Abg. Fackelde (D.V.P.): Wir befinden uns in einer Zwangslage.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter sind für berechtigt anerkannt worden. Wir erwarten aber, daß diese Streikandrohung die letzte war.

Abg. Deglerk (D.V.P.): Die Beamtenpensionäre warten seit länger als einem Jahr auf eine Verbesserung ihres Einkommens. Es wird uns so schwer gemacht, diesem Antrag zuzustimmen.

Reichsfinanzminister Witt: Die Reichsregierung übernimmt die Verantwortung für den Antrag.
Der Antrag wird angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 1 Uhr.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 23. April 1920.

Kurtaxe und Bäderpreise. Nach der dem Stadtschultheißenamt gestern von der Badverwaltung mitgeteilten Preisliste der Bäder u. s. w. beträgt die Bedienungsgelder für 1 Bürgerbad 60 Pfg., nicht 1 Mk. 60 Pfg. und 2 Mk. wie in der Sitzung mitgeteilt wurde. Die Gebühr von 60 Pfg. erscheint zwar immer noch zu hoch und kann nicht ohne Zustimmung des Gemeinderats festgesetzt werden. Die übrigen geäußerten Bedenken müssen leider voll aufrecht erhalten werden. Die Kurtaxe wurde für 1 Woche von 4 Mk. im Monat Mai und September und 5 Mk. im Juni, Juli und August auf 20 Mk. wöchentlich für 1 Person, für 3 Wochen und mehr von 12 bzw. 15 Mk. auf 60 Mk. für 1 Person, der Preis für ein Gesellschaftsbad im großen Badgebäude von 1 Mk. 50 Pfg. auf 4 Mk., für ein Einzelbad von 2 Mk. 50 Pfg. auf 6 Mk. im König-Karlsbad für 1 Einzelbad von 2 Mk. 50 Pfg. auf 5 Mk. für 1 Dampf- und Heißluftbad von 2 Mk. 50 Pfg. auf 8 Mk. erhöht.

Es ist zu hoffen, daß auf das vom Gemeinderat an das Finanzministerium eingereichte Gesuch eine Ermäßigung dieser Sätze erfolgt, die sonst zweifellos eine tiefgehende Schädigung unseres Bades bewirken würden.

Meisterprüfung. Die Handwerker, welche im Laufe des Winters hier den Meisterkurs besuchten, haben sämtliche die Meisterprüfung mit sehr gutem Erfolg bestanden. Wir gratulieren!

Besitzwechsel. Unsere Meldung, wonach Herr Dr. Götz das Hotel „Graf Eberhard“ gekauft habe, beruht auf

einer Verwechslung. Da infolge Platzmangels zu Ostern mehr als zwanzig Neuanmeldungen für das Internat der Höheren Reform-Lehranstalt Wildbad abgewiesen werden mußten, und da im August und September die gleiche Tatsache wieder zu verzeichnen sein wird, sucht und sucht Herr Direktor Götz ein Hotel mit größeren Entwicklungsmöglichkeiten für das Internat der Reformischeule. Der „Graf Eberhard“ war hierzu in Aussicht genommen, eignete sich aber bei näherer Befichtigung nicht hierzu, weshalb ihn Herr Oberlehrer Götz käuflich erwarb. Boraussichtlich bleibt nunmehr der „Graf Eberhard“ durch Verpachtung seiner bisherigen Bestimmung erhalten.

Mütterberatungsstunde. Am Donnerstag den 29. April nachm. von 2-3 Uhr, wird in der Wilhelmschule in Wildbad die erste Mütterberatungsstunde stattfinden, wozu alle Mütter und Pflegermütter von Kindern bis zum vollendeten 3. Lebensjahr freundlich eingeladen sind. In der Mütterberatungsstunde, die unter ärztlicher Leitung steht, werden die Mütter in allen Fragen der Säuglingspflege und Ernährung regelmäßig und unentgeltlich beraten, wodurch Krankheiten verhütet und im Beginn bekämpft und überwunden werden können. Die Kinder werden untersucht, um das gesundheitliche Befinden und den Ernährungszustand festzustellen und Ratschläge für die Pflege gegeben. Sie werden auf einer genauen Kinderwaage gewogen, damit von Sprechstunde zu Sprechstunde die Zu- oder Abnahme festgestellt werden kann. Zeigen sich Krankheiterscheinungen, so werden die Kinder in ärztliche Behandlung überwiesen und erst nach der Genesung wieder zur Beratungsstunde zugelassen. Es ist zu hoffen, daß recht viele Mütter von Stadt und Umgebung von dieser Fürsorgeeinrichtung zum Wohl ihrer Lieblichen Gebrauch machen. Die Mütterberatungsstunde findet jeden letzten Donnerstag des Monats in der Wilhelmschule in Wildbad von 2-3 Uhr nachm. statt. Die Kosten trägt der Bezirkswohltätigkeitsverein und die Stadtgemeinde.

Zuckermarken.

Die Zuckermarken sind von den Kaufleuten sofort abzuliefern.

Lebensmittelamt Wildbad.

Suppen-Einlagen.

Auf Lebensmittelkarte 5 werden Suppeneinlagen abgegeben. Listenschluß Samstag abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Nächsten Montag kommen in der Autohalle beim Röhlen Brunnen an die Pferdebesitzer Getr. Rüben und Zuckerrübschnitzel zur Verteilung.

Für die Gemeinde Wildbad vorm. 8-12 Uhr, für die Parzellen nachm. 2-6 Uhr.

Auf 1 Pferd kommen circa 100 Pfd. Getr. Rüben und ca. 25 Pfd. Zuckerrübschnitzel.

Getr. Rüben kosten 70 Pfd. das Pfd. Zuckerrübschnitzel „ 52 „ „ „

Säcke sind mitzubringen.

Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabe.

Wildbad.

Versteigerung.

Begen Aufgabe der Pension kommen am Montag, den 26. April 1920, von vormittags 9 1/2 Uhr an in der Villa Christine in Wildbad, Olgastraße, folgende Gegenstände zur Versteigerung:

7 vollst. Betten, 6 mit Roßhaarmatratze, 1 mit Capek, gut erhalten, 2 Bettstellen mit Rost, 1 groß. Rinderbettstelle mit Rost u. Keil, 1 Sofa, 1 Chaiselongue, 2 Kommode, 5 Kästen, 5 Tische, 6 Nachtkästchen, 7 Wolldecken, 2 Treppenläufer, 1 St. Linoleum, 4 m lang 1 m breit, gut erhalten, 6 Spiegel, 1 Ipan-Wand (fünfteilig), 1 Gasofen mit 2 Flammen (Zimmerofen), 1 Blumenständer mit Vogelkäfig und noch sonstige Haushaltungsgegenstände.

Ebendasselbst ist zu verkaufen:

eine Plüschgarnitur (braunrot) mit 6 Sesseln, 1 Gasherd mit starker Kochplatte, 79/80 mit 4 Brennstellen, Kleinsteller, Bratrohr u. starke Messingstangen.

Medizinal-Drogerie Wildbad

Wir empfehlen noch zu günstigen Preisen sämtliche Gummi-Artikel, Verbandstoffe usw.

Gummi-Bettstoff prima Qual., braun u. grau
Frauendoufchen 4-teilig

Clyso abdraubar und in einem Stück

Clystier-Spritzen aus Weich-Gummi u. Hart-Gummi mit Glas.

Irrigatoren, komplett, Blech m. Einsatz u. Emaille
Irrigat.-Schlauch, weicher Gummi
Sauger - Crystall
Schnuller mit Ring
Verband-Watte
Hartmanns Damenbinden
Mull-Binden
Cambric- u. Leinen-Binden
Benders Ideal-Binden.

Sämtl. Artikel sind nur erstklassige Waren

Reichsbund d. Kriegsbeschädigt. ehem. Kriegsteilnehmer u. Hinterbliebenen

Einladung.

Am Sonntag, den 25. April findet im Gasthaus zur Linde

eine Wohltätigkeits-Feier mit Theateraufführungen,

zu Gunsten bedürftiger Kriegsbeschädigter statt, zu welcher die verehrl. Einwohner herzlichst eingeladen sind.

Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Eintrittspreis 2 Mk. Mitglieder frei.

Der Auschuß.

Am Sonntag, den 25. April, vormittags 11 Uhr im Gasthaus zur Eisenbahn in Wildbad eine

Bezirks-Waldarbeiter-Versammlung

statt, zu welcher alle Holzhauer der Umgegend freundlichst eingeladen werden.

Die Gauleitung des deutschen Wald- u. Landarbeiter-Verbandes.

StuttgarterLebensversicherungsbanka.G.

Alte Stuttgarter

Größte europäische Lebensversicherungs-gesellschaft auf Gegenseitigkeit

Gesamtversicherungsbestand der Bank:

1 1/2 Milliarden Mark

Der Reinzuwachs beträgt im Jahre 1919 255 Millionen Mark und ist fast viermal so groß als im Jahre 1918.

Segeltuchsandalen

mit Ledersohlen, für Kinder.

Schwarze

Stoff-Schnürschuhe

für Frauen,

in allen Größen und schöner Auswahl, zu billigen Preisen.

Preiswerte Leder Schuhwaren.

Hermann Lutz, Wildbad.

Die Mütterberatungsstunde

und ärztl. Untersuchung der Kinder bis zum 3. Lebensjahr findet in Wildbad erstmals am 29. April und weiterhin jeden letzten Donnerstag des Monats nachm. von 2-3 Uhr in der Wilhelmschule statt.

Die Bezirksfürsorgerein.

Den Müttern wird dringend empfohlen, die Mütterberatungsstelle mit ihren Kindern bis zum 3. Lebensjahr recht zahlreich zu besuchen.

Stadtschultheißenamt: Bähler.

Mitteilung.

Infolge fortgesetzter Tenierung sehen wir uns veranlaßt vom 21. April folgende Mindestpreise festzusetzen:

Rasieren **60 Pf.**
Haarschneiden **1.50-2 M.**
Bartschneiden **1 M.**

Vereinigte Friseur Wildbads.

Prima 1919er Jngelheimer,

das Liter zu Mk. 15.50, dunkelrot,

ohne Steuer ab Wimpfen sofort lieferbar

empfehl

M. Skrzypek, Weingroßhandlung,

Wimpfen a. N., Telefon 61,

Telegramm-Adresse: Skrzypek, Wimpfen.

Ia. Mostsubstanzen

„Tamavino“ mit Süsstoff,

in Flasche zu 100 Ltr. Mk. 9, 150 Ltr. Mk. 12, empfiehlt (da bald versteuert wird).

Robert Treiber.

Bäcker,

24 Jahre alt, mit guten Zeugnissen, sucht Stellung per 1. Mai oder später. Näheres bei der Red.

Abbitte.

Herrn Lehrer Hojler hier habe ich in unüberlegter Weise beleidigt. Ich bedaure dies sehr und leiste hiemit öffentlich Abbitte.

Wildbad, 20. April 1920.
Johann Wirth.

Verloren

ein Damenportemonnai mit Inhalt, von der Buchhandlung Tritter bis Hauptstraße. Der Finder ist gesehen worden u. wolle daselbe, das außer Geld noch für die Beiliefererin sehr wichtige Papiere enthält, bei der Exp. ds. Bl. abgeben.

Besseres, solides Fräulein wünscht Stellung als

Verkäuferin.

Angebote an die Exp. ds. Bl. unter L. W. 65 erbeten.

Herde, Ofen, Waschkessel,

empfehl in reicher Auswahl.
Fr tz Krauss,
Wilhelmstr. 148.

Wildbad.

Beleuchtungskörper,
Glühlampen,
Taschenlampen
mit Akkumulator
Elektr. Bügel- u.
Koch-Apparate,
Glühplatten,
Heiz-Kissen

und sonstige Schwachstrom-Artikel alles prima Ware zum grössten Teil Friedens-Ware empfiehlt 697

Carl Hartmann
elektr. Installation
u. mech. Werkstatt